

In der Senatssitzung am 4. Mai 2021 beschlossene Fassung

Der Senator für Inneres
Referat 23

29.04.2021

L 12

Neufassung der Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 04.05.2021 „Regenbogenfamilien endlich rechtlich gleichstellen“

Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

1. Wie ist der Stand des Gesetzgebungsverfahrens in Bezug auf eine Reform des Abstammungsrechts zum im Februar 2020 in der Bremischen Bürgerschaft beschlossenen Antrag „Kinder in queeren Familien besser absichern und schützen – lesbische Mütter und queere Eltern nicht länger diskriminieren“?
2. Wie bewertet der Senat das Urteil vom OLG Celle und die Ankündigung des Berliner Justizsenators Behrendt vom 24. März, eine Bundesratsinitiative zur Reform des Abstammungsrechts einzubringen?
3. Welche Unterstützungsangebote gibt es für Regenbogenfamilien im Land Bremen?

B. Lösung

Problemlösungsvorschlag des Ressorts:

Zu Frage 1:

Der Senat unterstützt das Anliegen einer Verbesserung der rechtlichen Stellung von sog. Regenbogenfamilien. Regelungslücken und Unklarheiten im Abstammungsrecht müssen auch vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Wandels behoben werden. Das geltende Abstammungsrecht war zuletzt 1998 Gegenstand einer umfassenderen Reform.

Die Senatorin für Justiz und Verfassung hat sich deshalb bereits in ihrer Stellungnahme zum Referentenentwurf des Eheöffnungsbegleitgesetzes gegenüber dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz für die Schaffung einer gesetzlichen Regelung zur „Mit-Mutterschaft“ eingesetzt.

Ferner wurde bereits in der Sitzung des Bundesrats-Rechtsausschusses am 02.10.2018 ein Antrag auf Verbesserung der Stellung der nicht-gebärenden Mutter eingebracht mit folgender Formulierung „Mit-Mutter ist diejenige Person, die im Zeitpunkt der Geburt mit der Mutter verheiratet ist“. Der Antrag hat jedoch weder im Ausschuss, noch im Plenum eine Mehrheit erhalten.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat einen Diskussionsentwurf eines Gesetzes zur Reform des Abstammungsrechts vorgelegt, der die in dem Dringlichkeitsantrag benannten Regelungsbedarfe einer Lösung zuführt. Der Entwurf befindet sich in der Abstimmung in der Bundesregierung. Das Bundesministerium für Bau, Inneres und Heimat hat seit geraumer Zeit für das von ihm verantwortete Personenstandsrecht den vorgeschlagenen Änderungen nicht zugestimmt. Bremen wird wie bereits im Rechtsausschuss, auch im Innenausschuss des Bundesrates bzw auf der IMK die Vorschläge des BMJV unterstützen, um zu einem zeitgemäßen und diskriminierungsfreien Personenstandsrecht zu kommen.

Zu Frage 2:

Der Beschluss des Oberlandesgerichts Celle vom 24.03.2021 wird positiv bewertet.

Das OLG Celle sieht den Gesetzgeber in der Pflicht, abstammungsrechtliche Regelungen für die zweite Elternstelle von Kindern aus gleichgeschlechtlichen Ehen oder Partnerschaften einfachgesetzlich auszugestalten.

Unabhängig von dieser vom Bundesverfassungsgericht zu klärenden Einzelfrage wäre eine umfassendere Reform des Abstammungsrechts wünschenswert, die der Vielfalt an Familienkonstellationen gerecht wird.

Vor diesem Hintergrund unterstützt der Senat die Bundesratsinitiative des Landes Berlin zur Reform des Abstammungsrechts die vom Berliner Justizsenator initiiert wurde und in der Sitzung des Bundesrats am 7. Mai 2021 zur Abstimmung steht.

Zu Frage 3:

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Vereine Trans*Recht e.V. und Rat & Tat Zentrum für queeres Leben e.V., die Unterstützungsangebote speziell für Regenbogenfamilien realisieren.

Hierzu zählen u.a. die Angebote

- Kinderwunschberatung für Regenbogeneltern,
- Beratungen für Eltern, Bezugspersonen und Kindern aus Regenbogenfamilien,
- Fortbildungen und Workshops zum Thema Regenbogenkompetenz,
- Medienkoffer für Familien-Vielfalt,
- Treffen der Regenbogenfamilien.

Darüber hinaus stehen die Angebote z.B. in den elf Häusern der Familie in Bremen allen Familien offen.

Zusätzlich findet am 03.07.2021 ein Regenbogenfamilien-(Fach-)tag und am 27.11.2021 ein Fachkräftetreffen der Bundesinteressengemeinschaft Regenbogenfamilien in Bremen statt.

Pro familia Bremen und Bremerhaven berücksichtigen die entsprechenden Interessen von Regenbogenfamilien in der Paar- und/oder Sexualberatung.

C. Alternativen

Es sind keine Alternativen vorhanden.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Die Beantwortung der Frage in der Fragestunde hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Sie unterstützt die Gendergerechtigkeit.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Die Abstimmung der Vorlage ist eingeleitet mit der Senatorin für Justiz und Verfassung, der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport sowie der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz.

Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet nach Beschlussfassung im Senat. Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

F. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.